Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5959**

14. Wahlperiode 08. 05. 2001

Antrag

der Abgeordneten Dr. Andreas Schockenhoff, Karl Lamers, Christian Schmidt (Fürth), Peter Altmaier, Peter Hintze, Dr. Friedbert Pflüger und der Fraktion der CDU/CSU

Die deutsch-französischen Beziehungen neu begründen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben vorausschauende französische und deutsche Staatsmänner erkannt, dass Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa nur auf der Grundlage einer dauerhaften Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland im Rahmen eines vereinten Europa erreicht werden können. Die deutsch-französische Aussöhnung ist durch die Arbeit der europäischen Staatsmänner Robert Schuman, Konrad Adenauer, Charles de Gaulle, Valéry Giscard d'Estaing, Helmut Schmidt, François Mitterrand und Helmut Kohl fest verankert worden. Nicht allein durch die Zusammenarbeit zwischen beiden Regierungen und Parlamenten, sondern auch durch Schüleraustauschprogramme, Städtepartnerschaften und vielfältige Formen der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Kirchen, Parteien und privaten Initiativen ist ein dichtes Netz der Freundschaft und Kooperation zwischen beiden Ländern entstanden. Franzosen und Deutsche sehen sich als enge Freunde und verlässliche Partner.

Das Ziel, durch eine organische Verflechtung der europäischen Nationalstaaten alte Gegensätze zu überwinden und eine gemeinsame europäische Zukunft zu schaffen, ist heute erreicht. Die enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland war und ist seit Robert Schuman und Konrad Adenauer das solide Fundament der europäischen Einigung. Gute deutsch-französische Beziehungen haben somit nicht nur einen Wert an sich, sondern auch eine entscheidende Funktion für Europa.

Die Herausforderungen an die deutsch-französische Zusammenarbeit sind nicht kleiner geworden. Die Wiedervereinigung des europäischen Kontinents wird durch die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union vollendet werden und zugleich zu einer intensiven Debatte über die Grenzen der künftigen Europäischen Union führen. Zeitgleich werden die Völker Europas eine Debatte über die künftige Verfasstheit der Europäischen Union beginnen. In diesem Zusammenhang steht als dritte große Herausforderung der nächsten Jahre die Bestimmung des Selbstverständnisses der Europäischen Union, insbesondere ihres Verhältnisses zur übrigen Welt. Frankreich und Deutschland müssen sich gemeinsam diesen Herausforderungen stellen, ihre Interessen definieren und abgleichen und gemeinsame europäische Antworten vorbereiten. Deutsch-französische Kompromisse und gemeinsame Initiativen werden auch in Zukunft die entscheidende Grundlage für konsensfähige Lösungsvorschläge auf europäischer Ebene liefern.

Vor diesem Hintergrund behält die deutsch-französische Zusammenarbeit auch im Europa des 21. Jahrhunderts ihre zentrale europapolitische Bedeutung. Trotz ihrer zentralen Bedeutung für Europas Zukunft, hat die deutsch-französische Zusammenarbeit auf Regierungsebene an Qualität eingebüßt. Nicht allein während der letzten Regierungskonferenz und auf dem Europäischen Rat in Nizza traten deutsch-französische Spannungen und unterschiedliche europapolitische Ansätze offen zu Tage, sondern auch in zahlreichen anderen wichtigen Fragen wie in der Agrar- oder Energiepolitik bestehen Auffassungsunterschiede. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder hat es versäumt, eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit durch eine intensive deutsch-französische Abstimmung in zentralen europapolitischen Kernfragen zu schaffen. Stattdessen scheint der Bundesregierung mehr an der Medienwirksamkeit einseitiger europapolitischer Vorstöße gelegen zu sein. Kein wesentlicher europapolitischer Vorstoß von Mitgliedern der Bundesregierung ist in eine gemeinsame deutsch-französische Initiative überführt worden oder gar auf der Grundlage einer deutsch-französischen Abstimmung erfolgt. Die im elsässischen Blaesheim vereinbarten Treffen der Staats- und Regierungschefs beider Länder in sechs- bis achtwöchigem Abstand sind ohne reale Substanz und lassen die deutsch-französische Sprachlosigkeit deutlich werden.

Europa braucht heute mehr denn je eine solide und zukunftsorientierte Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Die deutsch-französische Zusammenarbeit war in der Vergangenheit der Motor und damit die vorwärtstreibende Kraft der europäischen Einigung. Dies gilt auch im Europa des 21. Jahrhunderts unverändert fort. Dennoch muss sich auch die deutsch-französische Zusammenarbeit dem neuen Umfeld anpassen und den neuen Herausforderungen stellen. Eine substantielle Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene sowie ihre Öffnung, u. a. durch eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit mit Polen im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“, sind in diesem Zusammenhang unumgänglich. Vertiefung und Öffnung müssen die Leitgedanken einer Neubegründung der deutsch-französischen Partnerschaft sein.

Eine Neubegründung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die über die notwendige Verbesserung der Zusammenarbeit beider Regierungen hinausgeht, ist nötig, um sie dauerhaft abzustützen und krisenfester zu machen. Ziel muss eine neue Qualität der Zusammenarbeit sein, die der Tatsache Rechnung trägt, dass im zusammenwachsenden Europa die Regierungen nicht mehr allein die Akteure zwischenstaatlicher Beziehungen sind. Eine neue Qualität der Beziehungen beider Länder kann nur durch den Schritt von der Kooperation zur Integration erreicht werden. Durch die Fusion von Einrichtungen, beispielsweise im Wissenschafts- und Forschungssektor, können Ressourcen gebündelt und Projekte durch gemeinsame Institutionen verwirklicht werden. Bereits existierende Kooperationen im Hochschulbereich sind nach Möglichkeit in gemeinsame integrierte Projekte zu überführen. Auch in der Zusammenarbeit beider Administrationen kann durch die Schaffung gemeinsamer interministerieller Arbeitsgruppen eine neue Seite in den Beziehungen beider Länder aufgeschlagen und die politische Zusammenarbeit durch gemeinsame administrative Strukturen abgestützt werden. Auch der Austausch im kulturellen Bereich muss verstärkt werden und sich nicht allein auf die beiden Hauptstädte konzentrieren. Neben der Vertiefung gilt es die deutsch-französischen Beziehungen zu öffnen, um in einer erweiterten Europäischen Union gemeinsam mit anderen Partnern Lösungsvorschläge zu entwickeln. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland stellen den Kern des Kerns der Europäischen Union dar, dürfen aber nie exklusiv wirken. Die deutsch-französische Zusammenarbeit bietet vielfältige Möglichkeiten, mit anderen Partnern in der EU gemeinsam in unterschiedlichen Bereichen zu kooperieren.

Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

1. sich das Ziel einer Neubegründung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und der Schaffung einer neuen Qualität der deutsch-französischen Beziehungen zu Eigen zu machen;
2. die politischen Willenbildungsprozesse beider Länder durch die Entsendung von politisch verantwortlichen Persönlichkeiten in die Schaltzentralen der jeweils anderen Regierung enger zu verzahnen;
3. die regelmäßigen Treffen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs durch eine Intensivierung der seit dem Elysee-Vertrag institutionalisierten Kontakte auf Beamtenebene und durch die Belebung der gemeinsamen interministeriellen Arbeitsgruppen zu ergänzen;
4. die regelmäßigen Treffen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs eng mit den jeweiligen nationalen Parlamenten zu verzahnen und die parlamentarische Dimension der deutsch-französischen Zusammenarbeit durch die Hinzuziehung von Vertretern der Auswärtigen Ausschüsse, der Europaausschüsse und der deutsch-französischen Parlamentariergruppen zu stärken;
5. bei den regelmäßigen Treffen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs verbindliche Zielvorgaben für gemeinsame deutsch-französische Projekte, z. B. zur Schaffung eines deutsch-französischen Diskussionsforums zur künftigen Verfasstheit der Europäischen Union, vorzugeben, und sich für eine gemeinsame Sitzung der Französischen Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages zur Zukunft der Europäischen Union einzusetzen;
6. künftig gemeinsam mit der französischen Regierung Vorschläge und Initiativen in die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union einzubringen;
7. die Zusammenarbeit beider Länder durch integrierte Strukturen und gemeinsame Einrichtungen in den Bereichen Verwaltung, Wissenschaft und Forschung auf eine neue Stufe zu heben und insbesondere bereits bestehende gemeinsame Einrichtungen, wie z. B. die deutsch-französische Hochschule weiter auszubauen und zu stärken;
8. die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag vom Juni 2000, insbesondere den Vorschlag zur Einrichtung einer gemeinsamen deutsch-französischen Industriestiftung, aufzugreifen und Konzepte für deren Umsetzung zu erarbeiten;
9. nach der ermutigenden Entwicklung in der rüstungs- und weltraumindustriellen sowie der pharmaindustriellen Zusammenarbeit, insbesondere durch die Gründung der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) und der Schaffung von Aventis, die politische Flankierung der Integration im Unternehmensbereich auch in anderen Sektoren zu verstärken;
10. in der kulturpolitischen Zusammenarbeit beider Länder einen dezentral ausgerichteten Ansatz zu verfolgen, um eine ungerechtfertigte Konzentration auf die Hauptstädte Paris und Berlin zu vermeiden;
11. in der kulturpolitischen Zusammenarbeit durch langfristig angelegte Konzepte und gemeinsame kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen außerhalb Europas eine neue Qualität zu erreichen;

12. in diesem Zusammenhang Kürzungsmaßnahmen bei den Goethe-Instituten in Frankreich zurückzunehmen bzw. durch die Erschließung privater und französischer öffentlicher Gelder den Erhalt der Goethe-Institute in Lille und Toulouse in vollem Umfang langfristig zu sichern;
13. dem Gedanken der Öffnung des deutsch-französischen Dialogs insbesondere durch die regelmäßige Einbeziehungen von Beitrittskandidaten in die Gespräche im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen Rechnung zu tragen.

Berlin, den 8. Mai 2001

Dr. Andreas Schockenhoff
Karl Lamers
Christian Schmidt (Fürth)
Peter Altmaier
Peter Hintze
Dr. Friedbert Pflüger
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333